

Gerd Wiegel

Vormarsch ohne Durchbruch

Die radikale Rechte bei den Europawahlen

Der von der modernisierten radikalen Rechten und ihrem gegenwärtigen Chefdemagogen Matteo Salvini angekündigte Durchmarsch bei den Europawahlen blieb aus. Was von einigen Zeitungen als Dämpfer und relative Niederlage der Rechten gedeutet wurde, ist jedoch alles andere als ein Misserfolg. Selbst der Großsprecher Salvini dürfte nicht wirklich damit gerechnet haben, das eigene Lager auch nur in die Nähe des ersten Platzes zu bringen, zumal die notorisch zerstrittene Rechte sich schon immer auf mehrere Fraktionen im Europaparlament aufteilte und ein Zusammenschluss aller potenziell möglichen Parteien von Anfang an unrealistisch war.

Stabilisierung der europäischen Rechtsparteien

Mit der Eroberung der ersten Plätze in den vier größten EU-Ländern nach Deutschland ist der radikalen Rechten jedoch ein weiterer Zuwachs an Einfluss, Aufmerksamkeit und finanziellen sowie personellen Mitteln gelungen, mit denen sie sich auch auf europäischer Ebene mehr Gehör und Wirkung verschaffen kann. Ganz offensichtlich ist die Rechte schon zu einem festen politischen Faktor in zahlreichen europäischen Ländern geworden, so dass der Aufschrei darüber, dass der Rassemblement National (RN) in Frankreich und die Lega in Italien, die Brexit-Partei in Großbritannien und die PiS in Polen jeweils zu stärksten Parteien wurden, weitgehend ausblieb.

Das Ergebnis der FPÖ in Österreich zeigt, wie verfestigt die Wähler/innen/schaft der Rechten heute ist. Nur wenige Tage nach dem Ibiza-Video – in dem der FPÖ-Vorsitzende Strache einer mutmaßlichen russischen Oligarchin Staatsaufträge gegen Wahlkampfhilfe anbot und darüber politisch stolperte – gelang es der FPÖ, ihr Ergebnis von vor fünf Jahren bei einem Verlust von zwei Prozent knapp zu behaupten. Die von der Rechten geradezu perfektionierte Täter-Opfer-Umkehr hat dem ehemaligen Vorsitzenden Strache sogar so viel Vorzugsstimmen eingetragen, dass er einen Sitz im EP hätte einnehmen können, auf den er aber verzichtete. Auch in Frankreich gelingt es dem RN offensichtlich, eine Stammwählerschaft herauszubilden.

In Deutschland wurde die Steigerung des AfD-Ergebnisses von 7 auf 11 Prozent als Dämpfer, ja fast als Niederlage der AfD bewertet. Auch das ist eher ein Ausweis für eine wenig analytische Sicht auf den Aufstieg der AfD, der weder ungebremst in kürzester Zeit zur Regierungsmacht führt, noch wie ein böser Spuk einfach enden wird. Die Verankerung von Parteien dieses Typs ist auch ein Ergebnis der Verwerfungen des neoliberalen Kapitalismus und nichts deutet gegenwärtig darauf hin, dass an den – differenziert zu betrachtenden und unterschiedlichen – Ursachen etwas Grundlegendes verändert wird. Vor dem Hinter-

grund der immer stärkeren Ausschläge im Wahlverhalten, kann niemand seriös eine Entwicklung wie etwa in Italien ausschließen, wo eine Partei mit eindeutig faschistischen Bezügen inzwischen die Dominanz im Land erlangt hat.

Der anhaltende und bis heute nachweisbare Erfolg der radikalen Rechten besteht darin, die politische Achse in den einzelnen Staat und in der EU insgesamt weiter nach rechts zu verschieben. Das kann, wie im Fall Dänemark, auch mal zu herben Verlusten der radikalen Rechten führen, beinhaltet dann aber die Übernahme der ethnozentrischen und häufig völkischen Politik durch die Konkurrenz – im Fall Dänemarks aktuell durch die Sozialdemokratie.

Stetiges Wachstum, aber weitere Zersplitterung

In einer ersten genaueren Analyse der Wahlergebnisse der radikalen Rechten bei den EU-Wahlen kommt Richard Stöss zu einem sehr viel differenzierteren Ergebnis als die schnelle Tagesberichterstattung im direkten Umfeld der Wahlen. So zeigt Stöss, dass das gesamte Spektrum der Rechtsaußenparteien seit 2009 einen deutlichen Zuwachs erfahren hat. Waren es 2009 noch 51 Sitze, so verdoppelten diese sich 2014 auf 107, um 2019 auf 179 anzusteigen.¹ Trotz des massiv in den Fokus gerückten Themas Flucht und Migration hat sich der Anstieg also abgeschwächt, bleibt aber kontinuierlich. Insgesamt haben sich „23 Rechtsaußenparteien aus 19 von 28 Mitgliedsstaaten erfolgreich beteiligt.“²

Die Differenzen der verschiedenen Parteien der hier in den Blick genommenen Rechte sind teils erheblich – das gilt für die Inhalte ihrer Politik wie ihr Auftreten. Gemeinsamkeiten gibt es bei den wichtigen Themen Flüchtlingsabwehr und der Ablehnung weiterer Vergemeinschaftungsschritte der EU.

Stöss unterscheidet mit Blick auf die Parteien der radikalen Rechten zwischen rechtskonservativen, gemäßigt rechtsextremen und orthodox rechtsextremen Parteien. Inhaltlich macht er das an den Themen völkischer Nationalismus, Systemopposition und Gewalt fest. Unklar bleibt, warum er eine Partei wie die AfD zu den rechtskonservativen, die FPÖ dagegen zu den gemäßigt rechtsextremen zählt. Unabhängig davon lässt sich der deutliche Anstieg vor allem auf die Erfolge der nach Stöss gemäßigt rechtsextremen Parteien zurückführen, die in der politischen Debatte häufig mit dem inhaltlich unscharfen Begriff des „Rechtspopulismus“ belegt werden. Ihre Mandatszahl ist von 26 (2009) über 52 (2014) auf 86 (2019) gestiegen, wohingegen die orthodoxe extreme Rechte von 10 (2009) auf 7 (2014, 2019) gefallen ist und heute kaum noch eine Rolle spielt. Zwar hat auch der „Rechtskonservatismus“ laut Stöss in ähnlichem Maße zugelegt (von 15 auf 48 und aktuell 86) aber es erscheint mir fraglich, ob eine Partei wie die AfD hier tatsächlich richtig verortet ist und auch die Einordnung des „Movimento 5 Stelle“ in dieser Kategorie ist zumindest diskussionswürdig.

¹ Richard Stöss, Europa rückt weiter nach rechts. Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus bei den Europawahlen 2019, Download: <https://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/team/ehemalige/stoess/publikationen/Rechter-Rand-Europawahlen-2019.pdf>

² Ebd., S. 8.

Laut Stöss gibt es keine gravierenden Unterschiede zwischen West- und Osteuropa. Bezogen auf die Gesamtmandatszahl erreichen die Rechtsparteien jeweils knapp ein Viertel der Sitze (23,7 West, 24,1 Ost). Der Anteil der rechten Mandate im EP generell ist von 6,9 Prozent 2009 über 14,2 Prozent in 2014 auf aktuell 23,8 Prozent gestiegen.

Ergebnisse ausgewählter Rechtsparteien bei den Europawahlen 2019						
Land	Partei	EP-Wahlen		EP-Fraktion	Letztes nat. Ergebn. % (Jahr)	Regierungs-bet.
		2019 % (Sitze)	2014 % (Sitze)			
Belgien	Vlaams Belang	11,7 (3)	4,1 (0)	ENF	3,7 (2014)	nein
	NVA	13,7 (3)	26,6 (4)	ECR	20,3 (2014)	bis 12/2018
Dänemark	DF	10,8 (1)	26,6 (4)	ECR	8,7 (2019)	nein
Deutschland	AFD	11,0 (11)	7,0 (7)	EFDD	12,6 (2017)	nein
Finnland	Die Finnen	13,8 (2)	12,9 (2)	ECR	17,5 (2019)	nein
Frankreich	FN/RN	23,3 (22)	24,9 (24)	ENF	13,2 (2017)	nein
Griechenland	Goldene Morgenröte	4,8 (2)	9,4 (3)	fraktionslos	6,3 (2015)	nein
Großbritannien	UKIP	3,6	26,7 (24)	EFDD	1,8 (2015)	nein
	Brexit-Party	31,7 (29)				nein
Italien	Lega	34,3 (28)	6,2 (5)	ENF	17,4 (2018)	ja
	Fratelli d'Italia	6,5 (5)	3,7		4,4 (2018)	nein
Niederlande	PVV	3,5	13,3 (4)	ENF	13,1 (2017)	nein
	FvD	10,9 (3)		ECR	1,8 (2017)	nein
Österreich	FPÖ	17,2 (3)	19,7 (4)	ENF	26,0 (2017)	bis 5/2019
Polen	PiS	45,6 (23)	31,8 (18)	ECR	37,6 (2015)	ja
Schweden	Schweden-dem.	15,3 (3)	9,7 (2)	EFDD	17,6 (2018)	nein
Slowakei	SNS	12,1 (2)			8,6 (2016)	nein
Spanien	VOX	6,2 (3)			10,3 (2019)	nein
Ungarn	Jobbik	6,4 (1)	14,7 (3)	fraktionslos	9,1 (2018)	nein
	Fidesz	52,5 (13)	51,5 26,0 (2017) (10)	EVP (susp.)	49,1 (2018)	ja

Ein Blick auf die Ergebnisse der EU-Wahlen in ausgewählten Ländern zeigt, dass es in Belgien, den Niederlanden aber auch Italien zu einer Auffächerung von Parteien dieses Typs kommt. Unterschiedliche Ausrichtungen (z.B. neoliberal vs. national-sozial) und unterschiedliche Formen der Radikalität kommen hier zum Ausdruck. Wie das Beispiel Italien zeigt, muss diese Auffächerung nicht unbedingt Konkurrenz und Schwächung bedeuten. Mit Blick auf Italien und Spanien muss die These, der „Rechtspopulismus“ sei vor allem ein Phänomen der reichen west- und nordeuropäischen Ländern, wohingegen die Krisenländer im Süden eher populäre Linkskräfte hervorbrächten, hinterfragt werden.

Fraktionszugehörigkeit

Ein Blick auf die Fraktionsbildungen im neugewählten EP zeigt, dass auch hier einiges durcheinander geht und nicht immer die Frage objektiver politischer Nähe und Ausrichtungen für die Zugehörigkeit verantwortlich ist.

In der Fraktion „Identität und Demokratie“ (ID) haben sich die lautstärksten Parteien und treibenden Kräfte dieses Typs zusammengeschlossen. Unter klarer Führung der Lega finden sich hier Marine Le Pens RN, die AfD, die FPÖ, der Vlaams Belang und die Tschechische SPD, die Finnen sowie einzelne Abgeordnete aus Dänemark und Estland. Stöss weist darauf hin, dass die ID-Fraktion fast ausschließlich westeuropäische Parteien beherbergt.

Auf nationaler Ebene eng verbündet mit der Lega und Nachfolgepartei der Neofaschisten des MSI und der Alleanza Nazionale finden sich die Fratelli d'Italia im EP in der Fraktion „Europäische Konservative und Reformen“ (EKR), die vor allem von der polnischen PiS dominiert wird. Aber auch die Schwedendemokraten mit deutlichen Wurzeln in der orthodoxen extremen Rechten, die NVA (Nieuw Vlaamse Alliantie) aus Belgien und die neue VOX-Partei aus Spanien finden sich hier. Mindestens bei den zentralen Themen der Rechten wie Flüchtlingsabwehr und Ablehnung weiterer Vergemeinschaftungsschritte der EU gibt es keine Differenzen zur ID-Fraktion.

Mit 73 Abgeordneten belegt die ID den fünften Platz im Größenverhältnis der Fraktionen (allerdings nur einen Sitz hinter den Grünen), die EKR Platz 6. Nur die Linke ist kleiner.

Weitere Abgeordnete der radikalen Rechten finden sich bei den Fraktionslosen, so der große Block der Brexit-Partei, aber auch in der EVP, die weiter die FIDEZ von Viktor Orban beherbergt. Während Frau von der Leyen sich bei der Wahl zur Kommissionspräsidentin verbal erfreut darüber zeigte, keine Stimmen aus der ID-Fraktion zu bekommen, hat sie die Stimmen der FIDEZ und wohl auch der PiS gerne genommen, obwohl doch der Einfluss dieser beiden Parteien auf eine weitere Aushöhlung der Demokratie westlichen Typs in den letzten Jahren enorm war.

Ausblick

Als schlagkräftiger, einheitlich auftretender Akteur wird die radikale Rechte im Europaparlament nicht in Erscheinung treten. Zu unterschiedlich sind die politischen Vorstellungen, z.B. bezogen auf das Verhältnis zu Russland oder die europäische Fiskalpolitik. Bei den Themen Flüchtlingsabwehr und der Ablehnung weiterer Vergemeinschaftungsschritte gibt es jedoch eine weitgehende Einigkeit. Für zentrale Protagonisten einer Rechtsverschiebung der EU, wie den ungarischen Ministerpräsidenten Orban, bietet die gestärkte Rechte die Möglichkeit der weiteren Erpressung seiner ihm immer noch duldenden Parteifamilie, der EVP. In den vergangenen Jahren hat die radikale Rechte selten den Anspruch erhoben, ihren Einfluss auf EU-Ebene geltend zu machen. Das wird sich nicht grundsätzlich ändern. Eine Partei wie die AfD steht programmatisch dafür, das Europäische

Parlament abzuschaffen – warum sollte sie es dann als zentrales politisches Spielfeld betrachten? Auf der anderen Seite hat die Rolle der radikalen Rechten in den Nationalstaaten deutlich zugenommen. Wen es richtig ist, wie Klaus Dräger schreibt, dass die Macht nach wie vor bei den Regierungen der Nationalstaaten liegt (siehe seinen Beitrag in diesem Heft), dann hat auch der Einfluss der radikalen Rechten auf EU-Europa zugenommen. Die ersten Äußerungen der neuen Kommissionspräsidentin von der Leyen, man müsse mehr Verständnis für die rechtsstaatlichen Defizite von Ländern wie Ungarn und Polen aufbringen (SZ, 19.7.19), lassen erahnen, wie mit der stärker gewordenen Rechten künftig verfahren werden soll. Beschwichtigen und Einbinden – und zwar unter Berücksichtigung der grundsätzlichen Positionierung der Rechten.

Salvini, Orban und die PiS werden ihre (nationalen) Interessen in der EU sicherlich zu Gehör bringen. Die sind zwar in Bezug auf Russland, die Austeritätspolitik, europäische Haushaltspolitik etc. häufig unterschiedlich, aber beim Thema „Festung Europa“, Relativierung von Demokratiestandards, Medienkontrolle u.ä. könnten auch für die gesamte radikale Rechte Geländegewinne erzielt werden.